

## Islamische Welt

### Selbstverständnis in Deutschland

*„Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, die sich zu ihnen bekennen, ehrliche Leute sind. Und wenn Türken und Heiden kämen und wollten hier im Lande wohnen, dann würden wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen.“*

Friedrich der Große, 1740

*„Eine noch stärkere Präsenz von Moslems in Europa gefährdet sicherlich das Leben der jüdischen Menschen.“ Allein die Tatsache, dass es eine „riesige Zahl von etwa 17 Millionen Moslems in der EU gibt“, mache dies zu einer „politischen Frage“.*

Ariel Scharon, Ministerpräsident von Israel, 2003

### Die „Szene“ in Deutschland

Im Europa des Europarates sind über 70 Millionen Muslime vertreten. Innerhalb der Europäischen Union (EU) leben heutzutage über 12 Millionen Muslime und ca. 4 Millionen von ihnen haben die Bundesrepublik Deutschland als Mittelpunkt ihres Lebens. Wenn wir noch die mehreren Hunderttausend Juden dazu zählen, zeigt dies die multireligiöse Lebenswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland und der EU. Auch wenn sich das deutsche und europäische Selbstverständnis auf das Christentum und den aus der Antike kommenden Humanismus gründet, besteht heute wie in der Vergangenheit eine gegenseitige Beeinflussung der islamischen und „abendländischen“ Kulturen, wie es einst vor allem in Spanien und in Sizilien der Fall gewesen ist.

Diese historische Wirklichkeit des mystischen, wissenschaftlich-phi-

Bekir Alboga ist Islamwissenschaftler am Institut für deutsch-türkische Integrationsstudien und Imam an der Moschee in Mannheim, außerdem Doktorand der Islamwissenschaften in Heidelberg.

losophisch-spirituellen und durchaus fruchtbaren Austausches ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass selbst die kulturtragenden Traditionen der Geschichte, vor allem die des Islams und der Muslime, zum großen Teil immer noch als fremd in Deutschland betrachtet werden. Für Feinde des Islams und der Muslime in Deutschland ist diese historische Wirklichkeit nichts anderes als „nur eine Legende“.<sup>1</sup>

Die heutige Situation von ca. 4 Millionen Musliminnen und Muslimen in Deutschland könnte man folgendermaßen beschreiben: Um das Jahr 1973 haben die Muslime der ersten Gastarbeiter-Generation der sechziger Jahre angefangen, sich laienhaft zu organisieren und die dazu notwendigen Versammlungs-, Begegnungs- und Gebetsräume in Deutschland einzurichten. Sie gründeten zunächst einzelne Vereine mit kleinen Räumlichkeiten. Seit den neunziger Jahren sind mehr als 1.000 neue muslimische Gemeinden mit entsprechenden Gebetsräumen entstanden, und nur ein geringer Teil von ihnen sind repräsentative Moscheen. Mittlerweile gibt es in Deutschland mehr als 2.500 muslimische Glaubensgemeinschaften und Einrichtungen. Diese Moscheen und Gemeinden sind hauptsächlich von türkisch-muslimischen Migrantinnen und Migranten errichtet, und sie gehören zum größten Teil zu drei Dachorganisationen, die allesamt ihren Sitz in Köln haben: DITIB (Türkisch-Islamische Union für Religionsangelegenheiten), IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs), VIKZ (Verband islamischer Kulturzentren). Die meisten dieser Moscheen und Gebetsräume sind immer noch in „Hinterhofmoscheen“ angesiedelt. Der Bau von großen und repräsentativen Moscheen nimmt aber zu. In immer mehr Städten beantragen die Muslime Baugenehmigungen für Moschee-Neubauten, der Weg dazu ist jedoch mit vielen und nach dem 11. September 2001 z. T. sehr schwer überwindbaren Problemen verbunden.

## Hintergründe

Das soziokulturelle Leben in den islamischen Vereinen ist nach wie vor sehr stark an den Traditionen des Herkunftslandes orientiert. Viele dieser Vereine haben wenig Kontakte zu den örtlichen deutschen Organisationen und Verbänden. Trotz der in den achtziger Jahren gegründeten

<sup>1</sup> Hans-Peter Raddatz, in: Rheinischer Merkur, Nr. 44/2003, S. 19.

großen Dachorganisationen der muslimischen Migranten sind die örtlichen Moscheevereine noch nicht in der vorstellbaren und gewünschten Form integriert und damit nicht mit deutschen und nicht-muslimischen Organisationen vernetzt. In vielen Ortschaften wissen die deutschen Nachbarn und in der Nähe liegende Organisationen kaum von der Existenz solcher muslimischen Vereine und haben deswegen entweder ein unsachgemäßes Bild von ihren muslimischen Nachbargemeinden und Vereinen oder sogar Vorurteile ihnen gegenüber.

In den Vorständen vieler Moscheevereine, vor allem der türkisch-islamisch geprägten Moscheegemeinden, sind meist noch Migranten der ersten Generation vertreten. Aufgrund ihrer unzureichenden Sprachkenntnisse können sich die Vorstände nur mangelhaft auf deutsch artikulieren und pflegen kaum Beziehungen nach außen, d. h. zur Aufnahmegergesellschaft. Im Laufe der vierzigjährigen Migrationsgeschichte haben es weder die deutsche Aufnahmegergesellschaft, die Menschen als Arbeitskräfte u. a. aus muslimischen Ländern wie der Türkei, Bosnien (Ex-Jugoslawien), Marokko, Tunesien usw. angeworben hat, noch die muslimischen Zuwanderer ausreichend geschafft, ein offenes, vertrauensvolles Zusammenleben aufzubauen. Die muslimischen Migrantenvereine bemühen sich noch nicht hinreichend um öffentliche Präsenz; umgekehrt mehren sich pauschalisierende Vorurteile über den Islam seitens der Aufnahmegergesellschaft. Die Ereignisse nach dem 11. September 2001 und die z. T. kriegerischen Konflikte auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten zeigen, wie wichtig der Informationstausch zwischen den Gesellschaften, den unterschiedlichen Kulturen, Mentalitäten, Konfessionen und Religionen ist.

Neben Kultur und ethnischer Herkunft ist die Religion ein wichtiger identitätsstiftender Faktor für die muslimischen Migranten. Fast die Hälfte der in Deutschland lebenden Migranten sind Muslime, die ausschlaggebende Majorität von ihnen stammt aus der Türkei. Das Thema „Islam in Deutschland“ wird immer noch in erster Linie als konfliktgenerierend gesehen und diskutiert. Sehr viele deutsche Bürger kennen das religiöse Leben ihrer muslimischen Nachbarn nicht. Es gibt zahlreiche negative Pauschalisierungen und Vorurteile über die einfachen Begriffe und die Spiritualität des Islam. Daher ist es im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Muslimen und der mehrheitlich traditionell christlich geprägten deutschen Bevölkerung dringend notwendig, über die Grundbegriffe und das Wesen des Islam zu informieren. Erst dann und nur damit kann die deutsche Bevölkerung einen realistischen Ein-

druck vom religiösen Leben und von der Mentalität ihrer andersgläubigen Nachbarn gewinnen.

Wenn die Veränderung dieser Verhältnisse von den muslimischen Migranten selbst herbeigeführt würde, so wäre dies ein richtiger Schritt zu einer akzeptierbaren und wünschenswerten Integration der muslimischen Migranten in die bundesdeutsche Gesellschaft. Eine Selbstbeteiligung und aktive Teilnahme der Muslime am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben sowie an der kulturellen und religiösen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland (und der EU) unter Einbeziehung der eigenen religiösen und kulturellen Identität und Besonderheiten würde die gewünschte Integration erleichtern. Erfreulicherweise haben jedoch etliche Moscheevereine diese Tatsache mittlerweile erkannt und führen bereits vielerorts den Dialog mit ihren deutschen Nachbarn und deren Einrichtungen, indem sie z. B. Moscheeführungen für Nicht-Muslime in deutscher Sprache anbieten. Bei solchen Bemühungen greift man aber zu kurz, wenn muslimische Gemeinden nicht über genügend muslimische Theologinnen und Theologen verfügen, um Informationen über den Islam und die Moscheen zu vermitteln. Zusätzlich wird der Dialog erschwert, wenn die muslimischen Vertreter weder in zufriedenstellender Form der deutschen Sprache mächtig sind, noch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der monotheistischen Religionen des Judentums, Christentums und Islams und die gemeinsame Tradition der abrahamitischen Religionen kennen.

## **Die islamische Religion als Lebensform im westlichen Kontext**

Die Angst vor dem Islam und den Muslimen ist in keiner Art und Weise zu bagatellisieren. In vielen westlichen Ländern kann man feststellen, dass „der Kreis um die Muslime Schritt für Schritt und immer mehr verengt wird“. Fast alle islamischen Themen werden zum Politikum, sei es Schächten oder Tragen des Kopftuchs, selbst die Errichtung eines muslimischen Gebetshauses. Diese gesellschaftliche Entwicklung, oft als Folge politischen Kalküls, verhindert eine konstruktive und emotionsfreie Diskussion dieser Themen. Die Streitkultur freiheitlich-demokratischer Soziologien wird zunehmend Opfer einer fanatischen und „intellektuellen“ Islamfeindlichkeit.

Es ist schlimm, wie bestimmte Vertreter der Medien und Politik bewusst und hinterlistig diese Angst schüren. Die Vertreter der westlichen

Modernität, die sie als die neue Kultur des Abendlandes, als die Religion der Religionslosigkeit, definieren, manipulieren diese Angst vor einer „Renaissance des Islams“ und versuchen bei jeder Gelegenheit, den Islam als eine Bedrohung darzustellen, und zwar meist im Zusammenhang mit Gewalt. Scheinheilige „Experten“ arbeiten daran, die Gesellschaft, die Politik und die Kirchen darüber aufzuklären, dass der Islam die neue große Gefahr nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sei. Selbst der christlich-islamische Dialog wird nicht davon verschont. Das Verhalten der instrumentalisierten und militärischen Muslime, die nur einen kleinen Anteil in der islamischen Welt ausmachen und ihrem Verständnis nach einen „heiligen Krieg“ anstreben, führt zu dem Schluss, die Gefahr komme aus dem Osten. Ihnen zufolge rächt sich das islamische Mittelalter an der Aufklärung des säkularen Europa.<sup>2</sup>

Seit dem 19. Jahrhundert ist die islamische Welt im Verhältnis zu jenem Europa in den Hintergrund getreten, das in gewaltigen kulturellen und technischen Dimensionen Fortschritte zu verzeichnen hatte. „In ferner Zukunft liegt noch das Wiedererwachen des Islam, der sich in unserer Zeit bemüht, seinen Platz in einer gründlich verwandelten Welt zu finden. In allen Epochen seiner Geschichte aber bewies der Islam eine bewundernswerte Fähigkeit, nach Katastrophen neu zu beginnen.“<sup>3</sup>

Die Muslime fürchten, dass die breite Masse in Deutschland von der Richtigkeit solcher Szenarien überzeugt ist. Zumindest die Zehntausende der nicht-muslimischen deutschen Gäste, die ich seit Jahren durch die Mannheimer Moschee geführt und mit denen ich lange Diskussionsgespräche geführt habe, hatten ein sehr unsachgemäßes Bild vom Islam und Angst davor. Es ist bestimmt kein Zufall, dass Tausende bzw. Millionen von Menschen, darunter Ärzte, Lehrer, Professoren, Studenten usw., seit Jahrzehnten immer wieder die gleichen Fragen in ähnlicher Formulierung stellen und damit zeigen, wie wenig sie den Islam wirklich kennen. Schuldekane, Lehrer, Journalisten und Universitätsprofessoren teilen die Sorge, dass sich im Unterbewusstsein breiterer Bevölkerungskreisen ein Antiislamismus entwickelt. Mit Recht hat Hans A. Fischer-Barnicol gefragt: „Wie kommen wir darauf, uns über eine sog. Re-Islamisierung besorgt zu zeigen, als gäbe es sie und als stelle sie eine Gefahr dar?“

<sup>2</sup> Vgl. dazu Udo Marquardt (Hrsg.), *Bedrohung Islam – Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland (Arbeitspapier)*, (Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, ARB 72), Bonn 1996, S. 11 ff.

<sup>3</sup> Ebd., S. 341.

Wenn regierungsoffiziell Studien zu diesem Thema ausgeschrieben werden, heißt das doch nichts anderes, als daß man bisher so gut wie gar nicht bemerkt hat, daß muslimische Völker ihr alltägliches Leben, ihre Gesellschaften, ihr Recht, ihre Künste und Literaturen, kurzum alles, was dem menschlichen Leben Sinn verleiht, durch den Islam bestimmen und prägen lassen. Sie haben nie aufgehört und nie etwas anderes vorgehabt, als im Islam zu leben und zu sterben. Nicht die Muslime gehen in den Islam zurück, wir entdecken lediglich – zu ihrer nicht geringen Verwunderung –, daß sie Muslims sind.“<sup>4</sup>

In einem Diskussionsbeitrag fragt Salim Abdullah „Erobert der Islam die Welt?“ und macht folgende Feststellungen: „Den Ängsten im Westen stehen die Ängste der Muslime gegenüber. Die mörderischen und menschenverachtenden Kolonialkriege und die politischen Erpressungen der Gegenwart sind in der ‚Dritten Welt‘ ebenso unvergessen wie die Unterstützung, die der Westen den muslimischen Diktaturen zukommen läßt, die tagtäglich in der Behandlung der ihnen ausgelieferten Menschen eklatant gegen so hehre Prinzipien wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Glaubens- und Gewissensfreiheit, soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung verstößen.“<sup>5</sup>

Auch wenn die „Experten“ und manche Meinungsmacher in den Medien es gerne anders sähen, stellt er zu Recht fest, dass der Islam eine politische Macht ist, die Europa und die übrige westliche Welt insgesamt fürchten muss. Die westliche Welt ist allerdings auch von denen, die gegenwärtig den Islam beherrschen, nie ernsthaft bedroht worden. Wirtschaftlich gehören die Länder mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung ausnahmslos der „Dritten Welt“ an. Das würde übrigens auch für Ölförderländer mit ihrer nicht zu unterschätzenden Finanzkraft gelten. Er fährt fort: „Die westlichen Industriationen sind bislang stets in der Lage gewesen, die muslimischen Länder wirtschaftlich auszuhungern. Die Ölwanne ist stumpf geworden. Wobei lediglich die Frage offen bleiben muß, ob sie jemals scharf gewesen ist oder nur scharf geredet wurde ... Hinzu kommt, daß es die westliche Politik glänzend verstanden hat, in den Ölländern Regime am Leben zu halten, deren Legitimität allenfalls

<sup>4</sup> Hans A. Fischer-Barnicol, *Die Islamische Revolution. Die Krise einer religiösen Kultur als politisches Problem*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980, S. 13 f. (zitiert in: P. Antes, *Der Islam als politischer Faktor*, Bonn 1991, S. 8).

<sup>5</sup> Vgl. zum Folgenden M. Salim Abdullah, in: *Moslemische Revue* 17, Januar-März 1996, H. 1, S. 37.

aus ihrer strategischen Bedeutung für den Westen abzuleiten ist ... Es kann nicht genug gesagt werden, dass es die muslimischen Völker sind, die sich bedroht fühlen: einmal von ihren eigenen Machthabern, zum anderen durch die militärische Stärke des Westens. Die Existenz der Menschheit ist heute nicht vom Islam bedroht, sondern von ganz anderen Mächten, die überall zuhause sein mögen, nur nicht in der ‚islamischen‘ Welt.“

## **Islamische Vielfalt und muslimische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland**

Dass man heute weder in Deutschland noch in der EU-Landschaft noch weltweit von einer einheitlichen Definition der muslimischen Gemeinschaft ausgehen kann, ist mittlerweile kein großes Geheimnis mehr. Denn in seiner Erscheinungsform gibt es nicht einfach „den uniformen Islam“, genauso wie es eine christliche oder jüdische Uniformität nicht gibt.

Das hängt zunächst damit zusammen, dass das, was von der islamischen Kultur des altbewährten Islam zur Zeit des Propheten Muhammad tradiert wurde, entweder zum großen Teil schon tief versunken ist oder sich in vielfacher Hinsicht gewandelt hat. Einer der Gründe sind die großen gesellschaftspolitischen Veränderungen der Neuzeit. Die Modernität hat nicht lediglich die abendländische Welt beeinflusst. Wir sind heute Zeugen der neuesten kulturellen Entwicklungen und Veränderungen innerhalb der islamisch geprägten Welt. Sowohl der Türkei als auch einigen afrikanischen Ländern genügen die Vorstellungen und Forderungen nicht mehr, die früher mit Blick auf die „ruhmreiche“ Geschichte verbindliche Gültigkeit besaßen.

### **DITIB**

Wenn man die Entstehung der religiösen und islamischen Gemeinden in Deutschland verstehen will, so ist der Zeitraum von 1961–1973 von großer Bedeutung. Als die in ihrer ausschlaggebenden Mehrheit sunnitischen Türken ohne eine theologische bzw. religiöse Begleitung nach Deutschland kamen, suchten sie als Arbeitnehmer muslimischen Glaubens nach Möglichkeiten und Orten, um ihren religiösen Bedürfnissen

nachzugehen. Die ersten religiösen Gemeinschaften der Muslime entstanden, um die religiösen Grundbedürfnisse (Gebet, religiöse Feste usw.) zu befriedigen. Die Hinterhofmoscheen in Fabrikhallen usw. mit Vorbetern, die dafür nicht ausgebildet waren, waren sehr einfach und provisorisch. Doch hier kamen die Gläubigen zusammen. Die Entstehung der ersten türkisch-islamischen religiösen Gemeinden, die sich später neu formierten, indem sie den Status eines eingetragenen Vereins erlangten, geht auf diesen Zeitabschnitt zurück. Als die Republik Türkei in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Länder zu Beginn der achtziger Jahre eine Tendenz zur Politisierung der Religion erkannte, sorgte sie schließlich nach 1980 für die Gründung der Dachorganisation DITIB.

DITIB ist die größte islamische Dachorganisation der sunnitisch-türkischen Muslime mit ca. 800 Moscheegemeinden deutschlandweit. Die Türkisch Islamische Union ist ebenso wie die ihr angeschlossenen Ortsvereine eine nach dem deutschen Vereinsrecht gegründete Dachorganisation. Sie wurde im Jahre 1985 gegründet. Akademisch ausgebildete Pädagogen und Theologen betreuen die Muslime in den jeweiligen Ortsverbänden. DITIB verfolgt ausschließlich Ziele, die mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung der Länder in Einklang stehen und nicht verfassungsfeindlich sind, und erkennt die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Basis ihrer Aktivitäten an. DITIB ist überparteilich organisiert; sie ist keiner Partei näher oder ferner als der anderen. DITIB betätigt sich bewusst nicht politisch. Bei ihrer Arbeit verhält sie sich ausschließlich nach den Grundprinzipien des Islam: Liebe, Achtung, Toleranz unter den Menschen. Jede Art von Gewalt, der Aufruf zur Gewalt, Extremismus sowie radikalen Fundamentalismus lehnt sie ab. Die Einrichtungen, Angebote sowie Dienstleistungen sind ohne Unterscheidung nach Nationalität, Religion oder Rasse jedem offen.

In ihren Bildungskursen werden für alle ausländischen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Deutschkurse angeboten. Für Menschen, die durch Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen sind und die deutsche Gesellschaft, Deutschland und das Arbeits- und soziale Umfeld näher kennen lernen möchten, leisten die Kurse einen großen Beitrag zur Integration. Auch der interreligiöse Dialog gehört zu den Aktivitäten der DITIB.

## ZMD – Islamische Charta

Während DITIB quantitativ die repräsentativ größte Dachorganisation ausmacht, ist der Zentralrat der Muslime (ZMD) qualitativ die repräsentativ populärste. Er ist nicht rein türkisch, sondern in ihm sind fast alle Nationalitäten muslimischen Glaubens vertreten.

Am 20. Februar 2002 legte der Vorsitzende des ZMD, dem neunzehn Dachorganisationen mit zahlreichen Moscheegemeinden angehören, eine Islamische Charta vor. In seiner Einführung betonte er, „dass der Islam (...) keine vorübergehende Erscheinung ist“ und „dass die meisten Muslime sich mit der deutschen Gesellschaft identifizieren und für immer in Deutschland bleiben werden ... Nicht nur für die 500.000 Muslime, die einen deutschen Pass tragen, ist Deutschland Heimat geworden. Alle Muslime fühlen sich nicht als Gäste in einem ‚Gastland‘, sondern als Bürgerinnen und Bürger Deutschlands. Als große Minderheit in diesem Land haben die Muslime die Pflicht, sich in diese Gesellschaft zu integrieren, sich zu öffnen und über ihre Glaubensbekenntnisse und -praxis mit der Gesellschaft in Dialog zu treten. Die Mehrheitsgesellschaft hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wie die Muslime zu den Fundamenten dieses Rechtsstaates, zu seinem Grundgesetz, zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten stehen.“

Aus der Charta seien hier einige Grundsätze zitiert, die die islamische Religion als Lebensform in Deutschland unmittelbar betreffen:

*10. Das islamische Recht verpflichtet Muslime in der Diaspora.*

Muslime dürfen sich in jedem beliebigen Land aufhalten, solange sie ihren religiösen Hauptpflichten nachkommen können. Das islamische Recht verpflichtet Muslime in der Diaspora, sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten (...)

*11. Muslime bejahren die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung.*

(...) die im Zentralrat vertretenen Muslime bejahren die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich des Parteienpluralismus, des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau sowie der Religionsfreiheit. Daher akzeptieren sie auch das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben. Der Koran untersagt jede Gewaltausübung und jeden Zwang in Angelegenheiten des Glaubens.

*12. Wir zielen nicht auf Herstellung eines klerikalen „Gottesstaates“ ab.*  
(...) Vielmehr begrüßen wir das System der Bundesrepublik Deutschland, in dem Staat und Religion harmonisch aufeinander bezogen sind.

*13. Es besteht kein Widerspruch zwischen der islamischen Lehre und dem Kernbestand der Menschenrechte.*

(...) Das Gebot des islamischen Rechts, die jeweilige lokale Rechtsordnung anzuerkennen, schließt die Anerkennung des deutschen Ehe-, Erb- und Prozessrechts ein.

*14. Vom jüdisch-christlich-islamischen Erbe und der Aufklärung geprägt*  
Die europäische Kultur ist vom klassisch griechisch-römischen sowie jüdisch-christlich-islamischen Erbe und der Aufklärung geprägt. Sie ist ganz wesentlich von der islamischen Philosophie und Zivilisation beeinflusst. Auch im heutigen Übergang von der Moderne zur Postmoderne wollen Muslime einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung von Krisen leisten (...)

*15. Die Herausbildung einer eigenen muslimischen Identität in Europa ist notwendig.*

(...) die islamische Lehre (ist) aufklärerisch und blieb von ernsthaften Konflikten zwischen Religion und Naturwissenschaft verschont. Im Einklang damit fördern wir ein zeitgenössisches Verständnis der islamischen Quellen, welches dem Hintergrund der neuzeitlichen Lebensproblematik und der Herausbildung einer eigenen muslimischen Identität in Europa Rechnung trägt.

*16. Deutschland ist Mittelpunkt unseres Interesses und unserer Aktivität*  
(...)

*17. Abbau von Vorurteilen durch Transparenz, Öffnung und Dialog (...)*

*18. Wir sind der gesamten Gesellschaft verpflichtet.*

(...) (Der Zentralrat) verurteilt Menschenrechtsverletzungen überall in der Welt und bietet sich hier als Partner im Kampf gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und Gewalt an.

*19. Integration unter Bewahrung der islamischen Identität*

Der Zentralrat setzt sich für die Integration der muslimischen Bevölkerung in die Gesellschaft ein, unter Bewahrung ihrer islamischen Identität, und unterstützt alle Bemühungen, die in Richtung Sprachförderung und Einbürgerung gehen.

## **Probleme, Chancen, Möglichkeiten und Grenzen zukünftiger Entwicklung**

Hier sind nur zwei Dachorganisationen in bescheidenem und begrenztem Rahmen vorgestellt worden. Über den Islamrat der Muslime, IGMG Milli Görüs (Nationale Sicht), VIKZ (Verband der islamischen Kulturzentren), ICCB (Verband der islamischen Vereine und Gemeinden), ATIB (Türkisch-Islamische Union Europas), ADÜTDF (Türkische Föderation oder Idealistenvereine), Nurculuk (religiös-mystische Reformbewegung), Ahmadiyya, Aleviten (Dachverband der Aleviten) und zuletzt Schiiten und Sufis zu schreiben, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Alle diese Gemeinschaften und Dachverbände befinden sich fast ohne Ausnahme in einem ständigen Entwicklungs- und Änderungsprozess. Entweder verschwindet die eine wie der Verband der islamischen Vereine (die so genannte „Kaplan-Organisation“), oder sie versucht sich so progressiv zu entwickeln, damit sie vom Verfassungsschutz nicht mehr als eine islamistische Bewegung bewertet und beschattet wird wie die IGMG.

Damit die Anwesenheit des Islam und der Muslime nicht mehr zu politischen Zwecken instrumentalisiert wird, muss Folgendes geschehen:

- Den Muslimen sollte endlich die Möglichkeit der Selbstrepräsentation durch den Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Massenmedien und Institutionen gewährt werden, wo sie sich sachgemäß vorstellen können. Ein guter Beginn seitens des Staates könnte auch durch die Einführung des islamischen Religionsunterrichts gemacht werden.
- Das friedliche Verhalten der muslimischen Migranten seit den sechziger Jahren muss gebührend gewürdigt werden. Die große Mehrheit der Muslime hat sich als brave Mitbürger erwiesen, obwohl sie ihre Rechte, die im Grundgesetz eigentlich garantiert sind, nicht ohne weiteres erhalten hat. Einerseits steht im Grundgesetz, dass die Würde des Menschen unantastbar ist (Art. 1 GG), dass Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4 GG), Berufsfreiheit (Art. 12 GG), Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) bestehen und alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind sowie niemand wegen seiner religiösen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf, andererseits bleiben Falschmeldungen über die schweigende Mehrheit der gläubigen Muslime ohne Folgen. Muslime sind häufig hilflos, sich gegen Negativ-Propaganda zu wehren. Sie müssen sich vorkommen, als seien sie Menschen

zweiter Klasse. Dazu kommt der soziale Druck der Gesellschaft, die aus Unwissenheit und Vorurteilen einfachste Formen der Religionsausübung wie etwa die islamische Bekleidung als Zeichen für Fundamentalismus oder Unterdrückung missversteht.

- Die Muslime können zwar ihre religiöse Vielfalt relativ ungestört in der deutschen Demokratie entwickeln, dennoch ist die Freiheit der Religionsausübung mit allen daraus resultierenden Rechten nicht voll gewährleistet. So ist eine rechtliche und tatsächliche Gleichstellung oder Gleichbehandlung der muslimischen Gemeinschaften mit den beiden christlichen Großkirchen, der griechisch-orthodoxen Kirche und den jüdischen Gemeinden in den meisten europäischen Ländern noch immer nicht erfolgt. Zu diesen Ländern zählt leider auch Deutschland.
- Der Negativdarstellung des Islam in den Massenmedien und Schulen sollte man sich spürbarer entgegenstellen. Einrichtungen, die sich um eine bessere Aufklärung und Eingliederung und um einen intensiven Dialog zwischen dem Judentum, dem Christentum, dem Islam und der Gesellschaft bemühen, sollten intensiver unterstützt werden. Es ist wichtig festzustellen, dass kurz nach dem 11. September 2001 beim Bundesinnenministerium ca. 400 Orientalisten und Islamwissenschaftler angestellt wurden, jedoch nur einziger für den christlich-islamischen Dialog.
- Die Ängste auf beiden Seiten sollten auf eine realistische Basis reduziert werden.
- Diktatoren und Extremisten sollten in den amerikanischen Augen nicht mehr gute Staatsmänner und Verbündete sein, auch wenn sie ihren geopolitischen, strategischen und vor allem wirtschaftlichen Interessen genehm sind.
- Die Türkei sollte möglichst schnell in die EU aufgenommen werden, um eine mittelalterliche Teilung des Globus in eine Welt des Islams und eine des Christentums zu verhindern. Demokratisch geprägte Entwicklungen und Bewegungen in den muslimischen Ländern und Gesellschaften müssten seitens der EU und der USA unterstützt werden.
- Wenn religiöse Identitätswahrung im Sinne eines Miteinanders der Kulturen verstanden wird, dann steht das menschliche Bedürfnis nach religiöser Heimat nicht im Widerspruch zur gesellschaftlichen Eingliederung. Beides kann Hand in Hand gehen. Das Rad des Hasses muss auf beiden Seiten gebremst werden.

Zum Schluss möchte ich Claude Cahen zitieren: „Seit dreizehn Jahrhunderten ist die islamische Geschichte im Kriege wie im Frieden unaufhörlich mit der westlich-europäischen verbunden, unsere Kulturen sind auf demselben ursprünglichen Grund gewachsen, und wenn das, was wir daraus gemacht haben, schließlich weit auseinandergegangen ist, so kann ein Vergleich uns nur helfen, uns gegenseitig zu verstehen. Aus all diesen Gründen ... muß die Geschichte der islamischen Welt in unserem Denken einen bedeutungsvollen Platz einnehmen, ist es unerlässlich, daß wir uns über eine Kulturbetrachtung erheben, die den Blick nur auf privilegierte Völker und Räume richtet. Wir müssen wissen, daß vor Thomas von Aquin, dem in Italien geborenen, Avicenna lebte, der aus Innerasien kam, daß die Moscheen von Damaskus und Cordoba vor den Kathedralen Frankreichs und Deutschlands erbaut wurden.“<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Claude Cahen, Der Islam, Teil I (Fischer Weltgeschichte 14), Frankfurt/Main 1968, S. 1.